



Die Liebe Christi
bewegt,
versöhnt und
eint die Welt

Ökumenischer Rat der Kirchen 11. Vollversammlung

31. August – 8. September 2022
Karlsruhe, Deutschland

Dokument Nr. **PIC 01.4 rev**

ZUR BESCHLUSSFASSUNG

DE

Vorläufige Übersetzung aus dem
Englischen Sprachendienst, ÖRK

Streben nach Gerechtigkeit und Frieden für alle im Nahen Osten

Sie sagen: „Friede! Friede!“, und ist doch nicht Friede. Jeremia 6,14/8,11

Seid getrost, ich bin's; fürchtet euch nicht! Matthäus 14,27

Seit seiner Gründung hat der Ökumenische Rat der Kirchen die Entwicklungen im Nahen Osten stets mit einem besonderen Augenmerk verfolgt. Diese Region ist die historische Wiege unseres Glaubens. Dort wurde Jesus Christus geboren, es ist der Ort seines Wirkens, dort wurde er gekreuzigt, starb er, und dort ist er auferstanden. Die weltweite ökumenische Gemeinschaft hat stets danach gestrebt, sich in aktiver Solidarität für die Kirchen und christlichen Gemeinschaften im Nahen Osten zu engagieren, die seit der Zeit der Apostel die lebendige Fortsetzung einer ungebrochenen Linie des Zeugnisses von christlichen Gläubigen bilden. In der gesamten Region – insbesondere in Israel und Palästina, Jordanien, Syrien, im Irak, Libanon, in Zypern und Ägypten – legen die Christinnen und Christen weiterhin Zeugnis für ihren Glauben ab. Sie leben in diesen Ländern in multireligiösen Kontexten und tragen in bedeutender Weise zur lebendigen Vielfalt und zur Entwicklung ihrer Gesellschaften bei.

Die Christinnen und Christen im Nahen Osten sind jedoch seit Langem mit zahlreichen großen Herausforderungen konfrontiert, um ihre Gemeinschaften, ihre Kirchen und ihr christliches Zeugnis im eigenen Land zu erhalten. In der Zeit seit der Vollversammlung in Busan sind viele dieser Probleme eskaliert und gefährden nun den Fortbestand der christlichen Gemeinschaften in der Wiege des Christentums.

Bürgerkriege und politische Unruhen, gewalttätiger Extremismus und radikalisierte Elemente innerhalb der dominierenden religiösen Gemeinschaften, anhaltende militärische Besatzung, Diskriminierung und Marginalisierung, fehlender Respekt für gleiche Menschenrechte für alle (einschließlich Religions- und Weltanschauungsfreiheit), wirtschaftliche Krisen und Korruption, fehlende Bildung und Beschäftigungschancen – all diese und noch weitere Faktoren haben zu der sich abzeichnenden existenziellen Krise für die christliche Präsenz in der Region beigetragen. An einigen Orten und zu gewissen Zeiten erleben die Christinnen und Christen im Nahen Osten ernsthafte Verfolgung und religiöse Intoleranz. Meist tragen sie das Leid der breiteren Gesellschaft mit, in der sie leben, und oft wiegt das Leid unverhältnismäßig schwer auf ihnen.

Auf dieser 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) vom 31. August bis 8. September 2022 in Karlsruhe, Deutschland, **anerkennen** wir die äußerste und unmittelbare Bedrohung für die Zukunft der indigenen christlichen Gemeinschaften im Nahen Osten. Wir **bekräftigen**, dass gleiche Rechte und Würde für alle, ohne Diskriminierung aufgrund von Religion oder der ethnischen Zugehörigkeit,

das beste Mittel zur Abwendung dieser Gefahr sind. Um diese Vision zu verfolgen, **verpflichten** wir uns zu einer engeren und anhaltenden Unterstützung, Begleitung und Partnerschaft mit den Kirchen und Christinnen und Christen im Nahen Osten – gemeinsam mit interreligiösen und zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern.

Israel und Palästina

Nie zuvor haben wir die Kirchenoberhäupter in **Jerusalem** lauter und dringender rufen hören, in Auflehnung gegen die zunehmende Einschüchterung, die Verstöße gegen und Angriffe auf die christliche Präsenz und Identität in Jerusalem und im Heiligen Land, wie dies in den vergangenen Monaten geschah. Wie der ÖRK-Zentralausschuss auf seiner Tagung im Juni 2022 bereits festgehalten hat, haben eine Reihe von gemeinsamen Erklärungen von kirchlichen Leitungspersonen auf die Bedrohungen durch die Anschläge von extremistischen Gruppen gegen Geistliche und Kirchengebäude aufmerksam gemacht, auf die Bestrebungen von Gruppen von Siedlerinnen und Siedlern, Grundstücke von Kirchen zu erwerben, auf von Israel verhängte Einschränkungen der Religionsfreiheit und des Zugangs zu heiligen Stätten sowie auf andere Handlungen, die den Status Quo und die multireligiöse und multikulturelle Identität Jerusalems gefährden. Das christliche Viertel im Herzen der Jerusalemer Altstadt wird seiner christlichen Identität beraubt und die Anschläge auf Kirchen, auf Geistliche und Christinnen und Christen allgemein, bleiben unbestraft, was als Ermunterung zu weiteren Überfällen aufgefasst wird.

Diese Entwicklungen sind eine ernsthafte Gefahr für die ökumenische Vision Jerusalems als eine offene und inklusive Stadt, in der zwei Völker und drei Religionen zusammenleben. Wir **rufen** den Staat Israel und die Stadtverwaltung von Jerusalem **auf**, den Status Quo zu respektieren und die Rechte aller Mitglieder aller Bevölkerungsgruppen dieser Stadt – Musliminnen und Muslime, Jüdinnen und Juden, Christinnen und Christen, Palästinenserinnen und Palästinenser, Israelis – zu schützen, einschließlich ihres Zugangs zu heiligen Stätten und die Religionsfreiheit für alle, in gleicher Weise und ohne Diskriminierung.

In den **besetzten palästinensischen Gebieten des Westjordanlandes und Ostjerusalems**, in Sheikh Jarrah, Silwan, in den Bergen von Südhebron und in der restlichen Zone C, gibt es eine sich ausbreitende Welle von Zwangsvertreibungen von Palästinenserinnen und Palästinensern aus ihren Häusern – manchmal zum zweiten oder dritten Mal seit 1948. Während wir uns in Karlsruhe treffen, werden in Masafer Yatta, in den Bergen von Südhebron, weitere Massenvertreibungen von palästinensischen Familien vorgenommen.

Die sich ausdehnenden israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten, aber insbesondere jene rund um Ostjerusalem, sind völkerrechtswidrig und drohen, zu grundlegenden demografischen und politischen Veränderungen in Jerusalem und der Region zu führen. Außerdem wurde damit die praktische Perspektive auf eine umsetzbare Zweistaatenlösung derart untergraben, dass dieser Weg hin zu gerechtem Frieden in der Region gegenwärtig tatsächlich versperrt zu sein scheint. Die Ausdehnung der Siedlungen und die zunehmende militärische Präsenz, die damit einhergeht, hat das Leid der palästinensischen Gemeinwesen verstärkt. Beeinträchtigungen und Beschlagnahmungen von palästinensischem Land und Gut und auch Belästigungen durch Siedlerinnen und Siedler (insbesondere in Abwesenheit der schützenden Gegenwart von internationalen Besucherinnen und Besuchern während der COVID-19-Pandemie) nehmen zu.

Wir **bekräftigen und respektieren** den rechtmäßigen Platz des Staates Israel in der internationalen Staatengemeinschaft und **erkennen** seine legitimen Bedürfnisse nach Sicherheit sowie seine Hoheitsrechte **an**, gestützt auf das Völkerrecht angemessene Maßnahmen ergreifen zu dürfen, um sein Volk zu schützen. Der langjährige Standpunkt des ÖRK ist, dass sowohl die Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel seit 1967 als auch der Bau der Siedlungen und deren Ausweitung auf die besetzten Gebiete illegal sind und beendet werden müssen. Wir **bekräftigen** diesen Standpunkt **erneut**. Wir glauben, dass die Sicherheit sowohl für die Palästinenserinnen und Palästinenser als auch für die Israelis nur durch ein Ende der Besatzung und durch eine gerechte, umfassende und langfristige Friedensvereinbarung gewährleistet werden kann. Wir glauben, dass die illegalen Siedlungen unvereinbar sind mit dem Frieden, und dass sie den rechtmäßigen Interessen des Staates Israel zuwiderlaufen.

Weiterhin **lehnen** wir die Annektierung von Ostjerusalem und andere unilaterale Handlungen, die die Geografie und Demografie der Stadt verändern, **ab**. Der abschließende Status von Jerusalem muss als Teil eines umfassenden israelisch-palästinensischen Friedensabkommens im Rahmen des Völkerrechts einvernehmlich festgehalten werden. Illegale Siedlungen in und um Jerusalem – und Einschränkungen der Jerusalemer Aufenthaltsrechte – gefährden diese Vision und verhindern und hemmen Verhandlungen für ein umfassendes Friedensabkommen.

Der **Gazastreifen**, das am dichtesten besiedelte Gebiet der Region – mit über zwei Millionen Menschen auf 365 km² – ist fast dauerhaft abgeriegelt. Zusätzlich zur Verweigerung ihres fundamentalen Menschenrechts auf Bewegungsfreiheit und sogar des Zugangs zu Trinkwasser, werden die Menschen in Gaza immer wieder Opfer von Kämpfen zwischen Hamas und Fatah, und – insbesondere seit der Machtübernahme durch die Hamas Mitte 2007 – von wiederkehrenden Episoden des gewaltsamen Konflikts zwischen Israel und der Hamas (und anderen militanten Gruppen im Gazastreifen).

In der Zeit seit der Vollversammlung in Busan haben nicht weniger als drei bedeutende Eskalationen des Konflikts den Gazastreifen getroffen: der Gaza-Krieg 2014 („Operation starker Fels“) hatte Tausende Tote zur Folge; der Israel-Gaza-Konflikt von 2018 (im Kontext der Grenzproteste, „Großer Marsch der Rückkehr“) forderte Hunderte Tote und Tausende Verletzte; und die Israel-Gaza-Krise von 2021 mit Raketenangriffen durch die Hamas und den Palästinensischen Islamischen Jihad sowie israelische Luftangriffen auf den Gazastreifen (vor dem Hintergrund weitverbreiteter Proteste gegen die Vertreibung palästinensischer Familien aus Sheikh Jarrah in Ostjerusalem), die ihrerseits Hunderte von Toten und fast zweitausend Verletzte zur Folge hatte. Außer den zahlreichen Toten und Verletzten zog dieses Aufflammen von Gewalt jedes Mal auch weitere Zerstörung und eine zusätzliche Isolation der Menschen in Gaza nach sich, sowie immer mehr Hass. In einem solchen Umfeld ist die sehr kleine und rasch schrumpfende christliche Gemeinschaft in Gaza eine der am stärksten bedrohten Gemeinschaften in der Region.

Erst kürzlich, Anfang August 2022, flogen die israelischen Verteidigungstreitkräfte etwa 147 Luftangriffe auf Gaza („Operation Morgengrauen“), und militante palästinensische Gruppen feuerten willkürlich etwa 1.100 Raketen Richtung Israel ab – einer Eskalation, die den Tod von mindestens 49 Palästinenserinnen und Palästinensern, darunter 17 Kinder, gefordert haben soll.

Der ÖRK **verurteilt** jegliche derartige tödliche und zerstörerische Gewalt kategorisch, ungeachtet davon, ob sie von den israelischen Streitkräften oder von bewaffneten palästinensischen Gruppen verübt wird. Sowohl der 50. Jahrestag des schrecklichen Massakers in München als auch diese jüngst verübten Anschläge in und aus Gaza, erklären eine erneute Bekräftigung dieser Verurteilung. Die Situation in Israel und Palästina kann nicht durch Anwendung von Gewalt gelöst werden, sondern nur auf friedlichem Weg.

Vor diesem Hintergrund betrachten wir die Rolle des **Ökumenischen Begleitprogramms in Palästina und Israel** (EAPPI) des ÖRK als außerordentlich wichtig und wertvoll. EAPPI wurde als eines der Programme in Reaktion auf einen Aufruf von Kirchenleitenden vor Ort, zu „kommen und sehen“, lanciert, und kann dieses Jahr seinen 20. Geburtstag feiern. Die Begleitung umfasst die Bereitstellung einer internationalen Präsenz zum Schutz von gefährdeten palästinensischen Gemeinschaften im Westjordanland und Ostjerusalem, die Überwachung von Menschenrechtsverletzungen und die Berichterstattung darüber sowie Zeugenaussagen über die Lebensrealität unter der Besatzung.

Wir **begrüßen und bekräftigen** die vom ÖRK-EAPPI getroffenen Maßnahmen, eine stärkere Einbeziehung der Programmteilnehmenden in die gelebten Erfahrungen und Perspektiven der jüdisch-israelischen Gemeinschaften und eine engere Zusammenarbeit mit den jüdischen Partnern für die Umsetzung der Aktivitäten zu fördern, und die Verbindungen mit den Kirchen vor Ort zu stärken, **und ermutigen** zu deren Umsetzung. Wir beharren darauf, dass das ökumenische Ziel ein gleichermaßen gerechter Frieden für die Palästinenserinnen und Palästinenser und für die jüdischen Israelis ist und sein muss. **Erneut bekräftigen** wir die Erklärung des ÖRK-Exekutivausschusses von Mai 2019, die lautet: „Im Land von Christi Geburt suchen wir nach Frieden, einem Frieden, der sich auf Gerechtigkeit stützt und nicht auf Gewalt, Blutvergießen und Ausgrenzung der einen durch die anderen, oder bei dem nicht ein ganzes Volk immer und immer wieder militärischer Besatzung und Kontrolle unterworfen ist.“

Doch der gegenwärtigen Situation in Israel und Palästina entsprechend, und wie der ÖRK-Zentralausschuss auf seiner Tagung im Juni 2022 verlautbarte, ist die „Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung [...] offenkundig und systematisch, und die andauernde und seit einem halben Jahrhundert bestehende Besatzung erklärt für null und nichtig, dass die palästinensische Bevölkerung, die in diesem System der Kontrolle lebt, die gleiche Menschenwürde und die gleichen Menschenrechte wie alle anderen haben, während die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft auch weiterhin eine ungeheuerliche Doppelmoral widerspiegeln.“ Weiter verschärft wird die Situation durch schwerwiegende Fehler der palästinensischen Behörden, einschließlich der fehlenden demokratischen Verantwortung, Vergeltungsmaßnahmen gegen Oppositionsführende und der fehlenden Rechenschaftspflicht für Anschläge auf Christinnen und Christen und andere Personen unter ihrer Gerichtsbarkeit und, im Falle der Hamas und anderer militanten Gruppen, des wiederholten Zurückgreifens auf Waffengewalt, was die Spirale der Gewalt aufrechterhält.

Die **Zweistaatenlösung**, die vorsieht, dass Israelis und Palästinenserinnen und Palästinenser Seite an Seite in sicheren, anerkannten Grenzen leben, war und bleibt aus unserer Sicht der beste Weg zu einem gerechten und nachhaltigen Frieden in der Region. Trotzdem müssen wir zu diesem Zeitpunkt mit Bedauern einräumen, dass die rasche und andauernde Ausdehnung der Siedlungen – von den israelischen Behörden geduldet und ermutigt – die Zweistaatenlösung in der Praxis undurchführbar gemacht hat. Aus diesem Grund sieht sich der ÖRK gezwungen, sich zu beraten und für die Zukunft der Völker in der Region über eine alternative Strategie und Perspektive nachzudenken, damit die Christinnen und Christen des Heiligen Landes weiterhin dort leben, Gottesdienst feiern und ihren Glauben bezeugen können.

Wir **beten** für die Einheit des palästinensischen Volkes in ihrem andauernden Streben nach Gerechtigkeit, Würde und Recht.

Frieden, Religionsfreiheit und sozialer Zusammenhalt in Syrien und im Irak

Unsere Hoffnung und unsere Gebete für die Zukunft der Gesellschaften im Nahen Osten sind friedliche, blühende und vielfältige Gesellschaften, in denen die Christinnen und Christen ihren Glauben in Sicherheit, Würde und Respekt leben können und als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger neben den Mitgliedern anderer Glaubensgemeinschaften zum Fortschritt ihrer Gesellschaften beitragen können. Der soziale Zusammenhalt zwischen den Mitgliedern von multireligiösen Gesellschaften ist der Schlüssel zu dieser Vision.

Diese Vision und dieses Ziel liegen der Arbeit des ÖRK in Syrien und im Irak zugrunde. Die Menschen in beiden Ländern sind Opfer von Konflikt, Bürgerkrieg, gewalttätigem religiösen Extremismus, groben Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts sowie von Wirtschaftskrisen.

Während des tragischen und schrecklich zerstörerischen Bürgerkriegs in Syrien arbeitete der ÖRK unaufhaltsam, um die Begegnungen zwischen den Menschen und den Dialog unter den verschiedenen Gruppen einflussreicher Personen aus Syrien und der Diaspora, aus verschiedenen religiösen Gemeinschaften und aus den diversen Gesellschaftsschichten zu erleichtern, um den sozialen Zusammenhalt zu fördern und Grundsätze des friedlichen Zusammenlebens mit gleicher Würde und gleichen Rechten in einem Nachkriegs-Syrien zu formulieren. Wir begrüßen die jüngsten Initiativen des ÖRK zur engeren und konsequenteren Einbindung der Kirchen in Syrien in seine Programmarbeit, damit ihre Perspektiven und ihre Vision für die Zukunft im Prozess umfänglich zum Ausdruck kommen und in dessen Ergebnisse einfließen.

Bei dieser Gelegenheit erinnern wir an den syrisch-orthodoxen Erzbischof Johanna Ibrahim und den griechisch-orthodoxen Erzbischof Bulos Jasidschi, die vor über neun Jahren von Bewaffneten entführt wurden, als sie von der türkischen Grenze auf dem Weg zurück in ihre Stadt Aleppo waren. Diese Kirchenoberhäupter, geliebt und von ihren Gemeinschaften schmerzlich vermisst, sind zu Symbolfiguren für all die unrechtmäßig festgehaltenen, gefolterten und unter Gewaltanwendung verschwundenen Menschen in Syrien, in der ganzen Region und weltweit geworden. Wir **schließen** uns **dem Gebet** für ihre sichere Rückkehr und für die Unterstützung ihrer Kirchen und Gemeinschaften **an**.

Nach Jahrzehnten von Gewalt, Invasion, Konflikt, Extremismus, Zerstörung und Vertreibung brauchen auch die Menschen im Irak ganz dringend Zeichen der Hoffnung für ihre Zukunft. Ein erfolgreiches Leben in Würde und Sicherheit kann nur im Rahmen eines Rechtsstaates und durch die Souveränität der politischen, gerichtlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Institutionen erreicht werden. Nachhaltiger Friede ist nur möglich, wenn er sich auf die Werte gleichberechtigter Bürgerschaft und gleicher Menschenrechte für alle stützt.

Seit mindestens 2010 ist der ÖRK gemeinsam mit den Kirchen, mit irakischen religiösen Führungspersonen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aktiv an verschiedenen Initiativen beteiligt, um zum Schutz der religiösen, ethnischen und kulturellen Vielfalt des Landes beizutragen. Mit einem interreligiösen Ansatz und dank der Zusammenarbeit mit allen religiösen Gemeinschaften im Land, einschließlich aller irakischen Kirchen, unterstützt der ÖRK eine Überarbeitung des irakischen Bildungsplans und beteiligt sich auch weiterhin an der Einschätzung und Ermittlung von Herausforderungen und Chancen für den sozialen Zusammenhalt und für die Wiederherstellung inklusiver, multiethnischer und multireligiöser Gemeinschaften im Irak. Gemeinsam mit verschiedenen Interessengruppen und Partnerorganisationen fördert der ÖRK Bestrebungen für eine wirksame Übergangsgerechtigkeit. Auf dem Weg hin zu Versöhnung und Heilung braucht es juristische Maßnahmen sowohl zur Wiederherstellung als auch zur Wiedergutmachung. Der Wiederaufbau des sozialen Kapitals und des Vertrauens sowie die Verurteilung von Hass und entmenslichenden Erzählungen über andere gestützt auf ausgrenzende Konstruktionen der kollektiven nationalen Identität bleiben wichtige Schritte auf dem Weg zu Gerechtigkeit und Frieden.

In Übereinstimmung mit den Verpflichtungen des ÖRK, den Dialog, die interreligiöse Zusammenarbeit, die Menschenwürde und die Menschenrechte, die Gerechtigkeit und den Frieden zu fördern, **unterstützen** wir diese anhaltende Arbeit für den sozialen Zusammenhalt und den Frieden in Syrien und im Irak **und bekräftigen** sie **nachdrücklich**.

Partnerschaften für Religionsfreiheit, Gerechtigkeit und Frieden im Nahen Osten

Wir schätzen die Chancen, die diese Vollversammlung uns für die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühl und die christliche Solidarität mit unseren Schwestern und Brüdern aus dem Nahen Osten bietet, und begrüßen die Gelegenheiten für intensive ökumenische Gespräche und Konsultationen auf dem Weg hin zu gerechtem Frieden in der Region.

Die 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen **spricht** das klare Bekenntnis der weltweiten ökumenischen Gemeinschaft **aus**, unsere Unterstützung für die Kirchen im Nahen Osten, den Kirchenrat im Nahen Osten und die interreligiösen und zivilgesellschaftlichen Partner zu stärken und die Zusammenarbeit mit ihnen zu fördern. Ziel dieser Unterstützung ist ein gerechter und nachhaltiger Friede in der Region, der auf gleichen Bürgerrechten und Menschenrechten für alle ohne Diskriminierung beruht, der den Christinnen und Christen in der Region erlaubt, zu leben und sich entwickeln zu können und die historische und ungebrochene Linie des christlichen Lebens und Gottesdienstes in der Wiege unseres Glaubens fortzuführen.